

Antrag 35/I/2022

ASF LFK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Städte geschlechtergerecht entwickeln!

1 Um Gleichstellung in der Stadtentwicklungspolitik voran-
2 zutreiben, werden alle Partei-, Fraktions- und Regierungs-
3 mitglieder der SPD in Bund und Land aufgefordert, sich für
4 folgende Maßnahmen einzusetzen:

- 5
- 6 • Die Einführung einer umfassenden Datenbank auf-
7 geschlüsselt nach Geschlechtern ist die wichtigs-
8 te Grundlage, um geschlechtergerechte Städte ver-
9 lässlich entwickeln zu können. Diese muss auf Bun-
10 desesebene geschaffen werden. Neben Informationen
11 zu Arbeitsentgelt, Haushaltseinkommen, Familien-
12 struktur, Eigentums- und Vermögensverhältnissen
13 und Nutzung von Verkehrsmitteln und anderen öf-
14 fentlichen Dienstleistungen soll sie auch Daten zur
15 Identifikation von Orten liefern, an denen es häu-
16 fig zu sexistischen Übergriffen kommt. Es bedarf ein-
17 ner Übersicht, welche geschlechtsspezifischen Da-
18 ten auf Städteebene in der EU verfügbar sind.
 - 19 • Die Festsetzung von Gender Budgeting und Gender
20 Mainstreaming auf allen Verwaltungsebenen ist ein
21 weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer ge-
22 schlechtergerechten Stadtentwicklung. Dies muss
23 sich vor allem auch in der Implementierung von
24 gleichstellungspolitischen Kriterien im öffentlichen
25 Vergaberecht, im Haushaltsrecht, im Zuwendungs-
26 recht und bei der Entwicklung von Städtebaupro-
27 grammen widerspiegeln. Laut der Gleichstellungs-
28 strategie für 2020-2025 legt die EU-Kommission ein-
29 nen Fokus darauf, mit der Richtlinie für sozialver-
30 antwortliche öffentliche Auftragsvergabe auch Ge-
31 schlechtergerechtigkeit bei allen öffentlichen Auf-
32 trägen beachten zu wollen. Dieses Ziel muss auch
33 in Deutschland auf allen Verwaltungsebenen einge-
34 halten werden. Um die oftmals versteckten Auswir-
35 kungen von Programmen und Maßnahmen auf un-
36 terschiedliche Bevölkerungsgruppen auch auf un-
37 teren Verwaltungsebenen bestmöglich analysieren
38 zu können, sollte auf Bundesebene eine Taskforce
39 eingesetzt werden, die einen Leitfaden zur Hilfe bei
40 der Analyse und Aufstellung von Programmen und
41 Haushalten, erstellt.
 - 42 • Ein verstärkter Fokus muss auf die Interdisziplinari-
43 tät in allen Ausführungsschritten der Stadtplanung
44 gelegt werden: So müssen beispielsweise auch bei
45 der Aufstellung der Bebauungsplänen und im ge-
46 samten Bauplanungsprozess noch stärker Interes-
47 senvertreter:innen und Expert:innen für Gleichstel-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

- 48 lung einbezogen werden, um den Ansprüchen an eine
49 „Stadt für Alle“ gerecht zu werden.
- 50 • Die verbindliche Einbeziehung der lokale Inter-
51 essenvertretungen (z.B. Frauen-, Gleichstellungs-
52 , Queer-, Migrations-, und Senior:innenbeauftragte,
53 Fraueninstitutionen, Frauenprojekte, Frauenrat,
54 Frauenhäuser, Vertreterinnen von Frauen mit Behin-
55 derung, etc.), Jugendämter und Gender Mainstream-
56 ing Expert:innen im frühen Stadium der Planung,
57 der Durchführung und Evaluation von städtebaulichen
58 Vorhaben ist erforderlich.
 - 59 • Bei Digitalisierungsprozessen in der Verwaltung
60 und bei städtebaulichen Vorhaben müssen Gleich-
61 stellungsexpert:innen einbezogen werden, um die
62 oft fehlende Repräsentation in MINT-Berufen (MINT
63 = Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-
64 Technik) von Frauen auszugleichen. Auf EU-Ebene
65 stellen Männer mehr als acht von zehn Arbeitneh-
66 mer*innen in MINT-Berufen. Diesem Mangel an
67 Vielfalt muss in der Planung und Durchführung
68 aktiv begegnet werden. Es gilt, bereits bestehende
69 Technologien auf Gendergerechtigkeit zu unter-
70 suchen und Gender Mainstreaming-Expert:innen
71 aktiv in kommenden Prozessen auf allen Verwal-
72 tungsebenen einzubinden.
 - 73 • Die paritätische Besetzung von Gremien und Juries,
74 die städtebauliche Vorhaben und Wettbewerbe be-
75 gleiten und ausschreiben, ist sicherzustellen.
 - 76 • Polyzentrische Strukturen müssen geschaffen wer-
77 den: Städtebauliches Ziel ist die Entwicklung lokaler
78 Zentren, in denen Dienstleistungs- und Infrastruk-
79 tureinrichtungen und Wohngebiete dezentral orga-
80 nisiert, gut vernetzt und aufeinander abgestimmt
81 werden, um so den diversen Fortbewegungsarten
82 von Frauen Rechnung zu tragen. Frauen legen häufi-
83 ger Versorgungswege zurück und sind häufiger mit
84 ihren Kindern unterwegs. Dies erfordert insbeson-
85 dere den Ausbau eines umweltfreundlichen ÖPNV
86 (Taktung, Zeiten etc.), sicherer und gut ausgebauter
87 Radwege und breiterbarrierefreier Gehwege.
 - 88 • Erforderlich ist die Bereitstellung eines breiten Spek-
89 trums an Wohnungstypen und bezahlbarem Wohn-
90 raum, um auch alleinerziehenden Elternteilen, Seni-
91 or:innen und weiteren diversen Bevölkerungsgrup-
92 pen ein lebenswertes Zuhause in allen Stadtberei-
93 chen zu ermöglichen. Da Frauen und Senior:innen
94 im Durchschnitt weniger Einkommen oder Rente
95 beziehen, sind sie überdurchschnittlich hart von den
96 stark steigenden Mieten in Ballungsgebieten be-
97 troffen.
 - 98 • Die Ausweitung von qualitativ hochwertigen öf-
99 fentlichen Nutzungsflächen und Grünanlagen muss
100 systematisch voran getrieben werden, um Treff-

101 punkte innerhalb von Quartieren zu schaffen.
102 • Gendergerechtes Bauen und gendergerechte Stadt-
103 entwicklung ist zum verbindlichen Bestandteil von
104 Lehrplänen einschlägiger Studienrichtungen zu ma-
105 chen.

106

107 Der vorliegende Antrag ist ein Diskussionsauftakt. Im Rah-
108 men einer folgenden Landesfrauenkonferenz soll die ASF
109 Berlin sich mit dem Thema gendergerechte Stadtplanung
110 und gendergerechte Mobilität im Detail beschäftigen.

111

112

113 **Begründung**

114 [Einleitung]

115 Gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse werden in
116 räumliche Strukturen eingeschrieben, Räume und Städte
117 sind geschlechtlich geprägt. Wie wir unsere Räume gestal-
118 ten, beeinflusst die Teilnahme am politischen, sozialen
119 und wirtschaftlichen Leben für Frauen, Migrant:innen,
120 LGBTI, Menschen mit Behinderung, Arme, Obdachlose
121 und andere marginalisierte Gesellschaftsgruppen.

122

123 Gender Mainstreaming wurde 1997 mit dem Amsterda-
124 mer Vertrag, der 1999 in Kraft trat, vom Rat der Euro-
125 päischen Union als internationale Strategie eingeführt.
126 Seitdem gilt, dass öffentliche Einrichtungen die Dimen-
127 sion „Gender“ in allen Planungen und Projekten, bei al-
128 len Maßnahmen und Entscheidungen zu beachten ha-
129 ben. Gender-Perspektiven müssen in alle Schritte des Pla-
130 nungsprozesses integriert werden. Das fängt bei der Ana-
131 lyse an und muss über die Zielformulierung und die Im-
132 plementierung und Evaluierung der Maßnahmen fortge-
133 führt werden. Im Mittelpunkt müssen dabei die unter-
134 schiedlichen Lebensrealitäten von Menschen unter Einbe-
135 zug von Geschlecht, Alter, sozialem und kulturellem Hin-
136 tergrund stehen. Aus diesen unterschiedlichen Merkma-
137 len ergeben sich unterschiedliche Ansprüche an öffent-
138 lichen Raum und Stadtplanung. Effektive Stadtentwick-
139 lung kann nur gelingen, wenn diese Gruppen berücksich-
140 tigt werden. Die Ansprüche dieser Gruppen können nur
141 berücksichtigt werden, wenn sie in allen Schritten der Ent-
142 wicklung einbezogen werden.

143

144 Auf dieser Grundlage sind folgende Maßnahmen geeig-
145 net, das Ziel einer geschlechtergerechten Stadtentwick-
146 lungspolitik zu erreichen.

147

148 **Die Datenlücke schließen**

149 Nach Geschlechtern aufgeschlüsselte Daten sind der
150 Schlüssel zur Bekämpfung von Ungleichheit. Um die
151 geschlechtsspezifische Dimension der Stadt zu verste-
152 hen, ist es notwendig, reale Unterschiede sehen und in-
153 terpretieren zu können; so zum Beispiel in Bezug auf

154 Arbeitsentgelt, Haushaltseinkommen, Familienstruktur,
155 Unternehmens- und Wohnungseigentum, Nutzung von
156 Dienstleistungen, wie etwa öffentlichen Verkehrsmitteln
157 und in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Insbeson-
158 dere braucht es aber auch Daten zur Identifikation von Or-
159 ten, an denen häufig sexualisierte Übergriffe und Strafta-
160 ten auftreten. Die Einführung einer umfassenden Daten-
161 lage ist die wichtigste Grundlage, um geschlechtergerech-
162 te Städte verlässlich entwickeln zu können. Bislang gibt es
163 kein klares Bild darüber, wie viele geschlechtsspezifische
164 Daten auf Städteebene in der EU verfügbar sind. Daten-
165 und Wissenslücken beziehen sich nicht nur auf verschie-
166 dene Politikbereiche, sondern auch auf Erfahrungen und
167 Bedürfnisse, die oft nicht repräsentiert werden oder mit
168 den üblichen Datenerhebungsmethoden unsichtbar blei-
169 ben.

170

171 **Mit Gender Mainstreaming und öffentlicher Auftragsver-**
172 **gabe Gleichstellung umsetzen**

173 Die konsequente Beachtung von Geschlechtergerechtig-
174 keit in der Haushaltsplanung (Gender Budgeting) und
175 die Analyse von Maßnahmen, Programmen und Gesetzen
176 auf das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Main-
177 streaming) muss auf allen Verwaltungsebenen fest veran-
178 kert werden, um auch in der Stadtentwicklung Geschlech-
179 tergerechtigkeit zur Selbstverständlichkeit werden zu las-
180 sen. Auch hier ist „Repräsentation“ ein Schlüssel zum Er-
181 folg. Um die oftmals versteckten Auswirkungen von Pro-
182 grammen und Maßnahmen auf unterschiedliche Bevöl-
183 kerungsgruppen auch auf unteren Verwaltungsebenen
184 bestmöglich analysieren zu können, sollte auf Bundesebe-
185 ne eine Taskforce eingesetzt werden, die einen Leitfaden
186 zur Hilfe bei der Analyse und Aufstellung von Program-
187 men und Haushalten, erstellt.

188

189 Auch das öffentliche Vergaberecht bietet die Möglichkeit,
190 Geschlechtergerechtigkeit zur Priorität zu machen. Laut
191 der Gleichstellungsstrategie für 2020-2025 legt die EU-
192 Kommission einen Fokus darauf, mit der Richtlinie für so-
193 zialverantwortliche öffentliche Auftragsvergabe auch Ge-
194 schlechtergerechtigkeit bei allen öffentlichen Aufträgen
195 beachten zu wollen. Dieses Ziel muss auch in Deutsch-
196 land auf allen Verwaltungsebenen eingehalten werden.
197 Die Integration von Kriterien der Geschlechtergerechtig-
198 keit bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen kann ei-
199 nen wesentlichen Beitrag leisten, Ungleichheiten abzu-
200 bauen. Gleichzeitig kann die öffentliche Hand so mit gu-
201 tem Beispiel vorangehen und Nachahmungseffekte und
202 -anreize im privaten Sektor erzielen.

203

204 **Repräsentation und Partizipation: Frauen und Expert:in-**
205 **nen in Planungsprozesse einbinden**

206 Egal, ob bei der Planung, Durchführung oder Evaluati-

207 on städtebaulicher Vorhaben oder der Bewertung von
208 Einreichungen bei Wettbewerben für die Gestaltung von
209 Bauvorhaben: eine paritätische Besetzung entsprechen-
210 der Gremien und Jurys und die frühzeitige Einbindung von
211 entsprechenden Expert:innen sichert eine geschlechter-
212 gerechte Stadtentwicklung. Nur, wenn Frauen und ent-
213 sprechende Expert:innen frühzeitig beteiligt werden, ist
214 Partizipation im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit si-
215 chergestellt. Viel zu lange haben ausschließlich Männer
216 Städte und Räume geplant und entwickelt und die Bedürf-
217 nisse von Frauen und anderen gesellschaftlichen Gruppen
218 wurden nicht hinreichend berücksichtigt.

219

220 **Digitalisierungs- und Modernisierungsprozesse ge-** 221 **schlechtergerecht gestalten**

222 Auch die Digitalisierung bringt großes Potenzial in der
223 Stadtplanung mit sich. Doch auch hier müssen geschlech-
224 tergerechte Aspekte mit in die Konzeption und Umset-
225 zung einfließen. Algorithmen sind nur so neutral wie das
226 Team, das sie entwickelt. Datenerfassung und -analyse zur
227 Verbesserung von Dienstleistungen und Lebensqualität
228 für Stadtbewohner:innen zu verbessern und neue Mög-
229 lichkeiten zum Lernen und Handeln zugunsten der Gleich-
230 stellung der Geschlechter zu ermöglichen, ist ein wich-
231 tiges Ziel. Auf EU-Ebene stellen Männer mehr als acht
232 von zehn Arbeitnehmer:innen in MINT-Berufen. Diesem
233 Mangel an Vielfalt muss in der Planung und Durchfüh-
234 rung aktiv begegnet werden. Es gilt, bereits bestehen-
235 de Technologien auf Gendergerechtigkeit zu untersuchen
236 und Gender Mainstreaming-Expert:innen aktiv in kom-
237 menden Prozessen auf allen Verwaltungsebenen einzu-
238 binden.

239

240 **Wohnungsbaupolitik im Sinne der Geschlechtergerech-** 241 **tigkeit**

242 Da Frauen und Senior innen im Durchschnitt ein geringe-
243 res Einkommen haben, sind sie überdurchschnittlich hart
244 von den steigenden Mieten in Ballungsgebieten betrof-
245 fen. Dadurch werden gerade alleinerziehende Mütter, Se-
246 nior:innen und alleinstehende Frauen aus Ballungsgebie-
247 ten verdrängt. Deshalb muss eine soziale Stadtentwick-
248 lungspolitik aktiv für eine Abfederung dieser besonde-
249 ren Härten sorgen, indem die soziale Situation und die
250 unterschiedlichen Lebensphasen der Bevölkerung berück-
251 sichtigt werden. Zum einen muss daher der soziale Woh-
252 nungsbau massiv gefördert werden. Unter der neuen Re-
253 gierung sollen in Deutschland 100 000 öffentlich geför-
254 derte Wohnungen im Jahr entstehen. Bei der Planung
255 und der Vergabe dieses geförderten Wohnraums müs-
256 sen strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppen be-
257 sondere Berücksichtigung finden. Dazu bedarf es auch ei-
258 ner Verstärkung der Anreize für private Bauträger:innen,
259 sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

260

261 Zum anderen muss dafür gesorgt sein, dass der soziale
262 Wohnungsbau seinerseits nicht an den Rand der Städ-
263 te gedrängt wird. Die Aufstellung von Bebauungsplänen
264 und die Architektur im Wohnungsbau können ganz kon-
265 kret vor Ort für eine soziale Durchmischung und Berück-
266 sichtigung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen sor-
267 gen. So müssen in einer sozialen Stadt die Bedürfnisse von
268 Senior:innen durch Barrierefreiheit beachtet werden, Al-
269 leinerziehende können durch kurze Wege zu Betreuungs-
270 einrichtungen und Schulen massiv entlastet werden und
271 Alleinstehende werden durch kleinere Wohneinheiten in
272 den sozialen Kontext eines Vorhabens einbezogen. Der
273 Bau von überdimensionierten Luxuswohnungen schafft
274 keine lebenswerte Stadt! Ziel muss es deshalb sein, durch
275 ein vielfältiges Angebot an Wohnungstypen durch kon-
276 krete bauliche Angebote an Kinder und Senior:innen eine
277 Stadt zu gestalten, in der jede:r gut leben kann.

278

279 **Lokale Zentren für gute Nachbar:innenschaft**

280 Um lebenswerte Quartiere zu erschaffen, ist eine gu-
281 te Vernetzung der wichtigsten Orte in den lokalen Zen-
282 tren unbedingt notwendig. Diese polyzentrische Struk-
283 tur muss bei städtebaulichen Vorhaben zum Standard
284 werden. Dienstleistungs-, Infrastruktureinrichtungen und
285 Wohngebiete müssen gut vernetzt und aufeinander abge-
286 stimmt werden, damit alle Bürger*innen durch die Stadt-
287 planung ohne größere Hürden am gesellschaftlichen Le-
288 ben teilhaben können. Dies schließt insbesondere auch
289 die Verkehrswege mit ein. Zu lange wurden in Deutsch-
290 land Städte mit dem Fokus auf den Automobilverkehr
291 geplant. Dies ist Ausdruck einer männlich dominierten
292 Stadtplanung, die mit der immer noch ungleichen Vertei-
293 lung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern zusam-
294 menhängt. Während Männer immer noch häufiger lange
295 Strecken mit dem Auto, oft vertikal aus den Randgebieten
296 in den Stadtkern, zurücklegen, benutzen Frauen häufiger
297 den ÖPNV, Geh- und Radwege. Frauen sind zumeist immer
298 noch darauf angewiesen, kurze Wege zurückzulegen und
299 bewegen sich eher horizontal innerhalb der Stadt. Um ih-
300 ren Bedürfnissen gerecht zu werden, muss in der Stadtpla-
301 nung ein größerer Fokus auf sichere und gut ausgebaut-
302 e Radwege, breite und barrierefreie Gehwege sowie ei-
303 nen massiven ÖPNV-Ausbau gelegt werden. Diese Wege
304 müssen schon bei der Stadtentwicklung mitgedacht wer-
305 den. Ein Hauptaugenmerk sollte darauf gelegt werden,
306 die sozialen Treffpunkte, Gewerbegebiete und zentralen
307 Verwaltungsgebäude leicht und sicher erreichen zu kön-
308 nen.

309

310 Der Ausbau von sicheren alternativen Mobilitätsstruktu-
311 ren hat selbstredend massive positive Synergieeffekte auf
312 die klimapolitischen Ziele von Städten. Sowohl Lärm, als

313 auch Feinstaub und Co2-Belastung können hier enorm re-
314 duziert werden.

315

316 **Stadtentwicklung mit Fokus auf Treffpunkte und Grünan-**
317 **lagen**

318 Die Ausweitung von qualitativ hochwertigen öffentlichen
319 Nutzungsflächen und Grünanlagen, ist ein wichtiger Bei-
320 trag, um die Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Der
321 ökonomischen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern
322 kann so entgegengewirkt werden. Darüber hinaus schaf-
323 fen dezentrale Grünanlagen Orte der Begegnung und
324 des Austauschs in polyzentrischen Nachbar:innenschafts-
325 strukturen und wirken so Vereinsamungstendenzen ent-
326 gegen. Neben positiven Effekten auf die psychische Ge-
327 sundheit haben dezentrale Grünflächen im Stadtgebiet
328 auch positive Auswirkungen auf die physische Gesund-
329 heit der Bewohner:innen. Sie wirken darüber hinaus als
330 Gemeingüter der sozialen und ökonomischen Ungleich-
331 heit entgegen.

332

333 **Gendergerechtigkeit als Teil der Lehrpläne**

334 Nur wenn gendergerechtes Bauen und gendergerechte
335 Stadtentwicklung Teil der Lehrpläne ist, kann bei Stu-
336 dierenden ein Bewusstsein für die Notwendigkeit und
337 den enormen Vorteilen von Gendermainstreaming in der
338 Stadtentwicklung geschaffen werden.